



— Ein Besuch Sr. Majestät des Kaisers in Hamburg steht, wie die „Post“ vernimmt, in der letzten Septemberwoche bevor, und zwar wird der Monarch am 26. oder 27. d. Ms. in der Hansestadt erwartet. Bei dieser Gelegenheit gedenkt der Kaiser eine eingehende Besichtigung der neuen Hafenanlagen auf Altonaer, der Strombauten am Südufer Elbe, sowie der Fahrtwasserregulierungsarbeiten vorzunehmen. Der Monarch wird auf der „Hohenzollern“ in Hamburg einstehen und während seiner Anwesenheit ebenfalls vornehmlich auch an Bord der Yacht verbleiben, die Stadt selbst somit nicht berühren.

— Ob der im Reichstag zustimmt der Vollendung entgegengesetzte Gesetzentwurf über das private Versicherungsgesetz, der bekanntlich den Abschluß der infolge des Bürgerlichen Gesetzbuchs notwendigen gewordenen Reihe neuer Gesetze bilden soll, noch im be vorliegenden Tagungsdienst dem Reichstag vorgelegt werden wird, ist, wie die „Berl. Vol. Post.“ mitteilen, nicht ganz sicher, da, wie mit Bestimmtheit angenommen werden kann, auch der der Aufnahmen des dem Reichstag demokratisch vorzulegenden gelegentlichen Materialstatistische Klägericht auf die Fertigstellung des Sozialrechtsmaßnahmen sein sollen. Indessen wird man damit rechnen können, daß die Veröffentlichung des Entwurfs bald erfolgen wird, weil in Regierungskreisen die Absicht besteht, den Entwurf, der bekanntlich in seinen Einzelheiten auch mit einer ganzen Anzahl von Sozialrechtsmaßnahmen verbunden ist, der allgemeinen Kritik zu unterziehen. Den Inhalt des Entwurfs bilden in der Hauptfläche die gegenwärtig unter dem Begriff der allgemeinen Versicherungsbedingungen fallenden Bestimmungen. Solcher Bestimmungen sieht es im Entwurf zwei Arten, zwangsläufige und nicht zwangsläufige. Es darf als ganz sicher angesehen werden, daß die allgemeinen Versicherungsbedingungen der privaten Versicherungsgesellschaften durch das kommende Gesetz über den Versicherungssatz eine ganz wesentliche Änderung werden erlauben müssen.

— Für den sozialdemokratischen Verteilung in München werden im „Borussia“ 75 Anträge und 5 Resolutionen veröffentlicht. Unter anderem wird verlangt eine Verkürzung der Parteidienste, ein Protest gegen die Maßnahmen des Parteidienstes in Bezug auf die Sicherung der Parteigebäude. Die Genossen des 3. Hamburger Wahlkreises verlangen Ablehnung der Verkürzung, in welcher Maße und andere Parteigebäude sowie deren Witten und Wasen auf Kosten der Partei solange „bis wir den Zulassungstaat erlangt haben“. Aus Berlin I wird gefordert, daß bei Stichwahlen zwischen einem Kandidaten der freiwilligen Partei und einem solchen einer anderen bürgerlichen Partei die Sozialdemokratie sich der Stimmenabgabe zu enthalten habe. Gegen Genossen, die aus einer Landesorganisation ausgeschlossen wurden, soll der Antrag auf Aufschluß aus der Sozialpartei gestellt werden. Gegen Sozialdemokraten, die es mit ihrer Gewinnung vereinbar halten, Redaktionen an bürgerlichen Blättern zu übernehmen, richtet sich ein Antrag aus Merseburg, der fordert, daß Leute, die als Sozialdemokrat eine gegenwärtige Zeitung redigieren und in diese Kreis aufnehmen, die der sozialdemokratische Partei mit Schmach bewerben, aus der Partei auszuschließen sind. Ein Antrag aus Berlin VI fordert den Verteilung auf, im Interesse der Realisierung des Parteidienstes von einer Wiederaufnahme der jüngsten Mitglieder des Parteidienstes Abstand zu nehmen. Die Herausgabe einer Liste sämtlicher sozialdemokratischen Kandidaten im Reich umfassen drei Monate vor dem Wahltermin verlangen für die nächsten Reichstagswahlen Parteigenossen in Breslau. Eine Beschwerde mit Material gegen das Zentrum wird aus verschiedenen Wahlkreisen gefordert. Eine Beschwerde mit den Landtagsabgeordneten aller deutschen Bundesstaaten wird aus München gefordert. Aus Köln wird die rechtzeitige Herausgabe eines „kleinen handlichen Abg. Büchlein“ gefordert, das nur für den Kleinkampf, d. h. bei der Agitation am Bierfest, notwendigen Sachen, Daten und Bilder nach die Materie leicht fasslich kennzeichnenden Stickworten, alphabetisch geordnet, enthalten und beim Kaufpreis nicht mehr als 30 Pf. kosten soll. Als Ort für den nächsten Verteil-

authentische und quellenmäßige Runde der ältesten vorchristlichen Geschichte und Kultur, die gerade jetzt wieder durch die deutschen Ausgrabungen in Babylon im Vordergrunde des Interesses weiterer Kreise steht, Grotschens hat die Entzifferung der sogenannten Keilschriften angebahnt und die bis dahin summen Zeugen alter Zeiten zum Reden gebracht. Schon vor ein paar Jahrhunderten waren kleine Proben der mächtigsten Inschriften, die die Ruinen von Persepolis enthielten, nach Europa gelommen, aber ein Raubzug Achaia, der Vater des berühmten Historikers, berichtete ausführlich (1774 bis 1778) über Persepolis und ermöglichte durch Abbildungen von Keilschriften deren Studium. Doch waren die Anstrengungen des 18. Jahrhunderts, das Dunkel, das über diesen Inschriften lag, aufzuheben, vergebens. Man brach bei den Keilschriften nichts als die unverstehbaren Zeichen einer durchaus unbekannten untergegangenen Sprache. Es war kein doppelsprachiger Text vorhanden, wie er sich in der bekannten Tafel von Rosetta für die Entzifferung der Hieroglyphen eingesetzt hatte, die noch dazu mit Wahrcheinlichkeit an die ägyptische Sprache anknüpfen konnten, keine lokale Volkslage oder Überlieferung gab irgendwelche Anhaltspunkte. Immerhin stellte die Wissenschaft bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts einiges wenige fest, was für die Entzifferung Sprüche bot, nämlich daß die Denkmäler und Inschriften von Persepolis in die Zeit zwischen Cyrus, dem Gründer des persischen Reichs, und Alexander dem Großen gehören, ferner daß sie drei verschiedene Schriftsysteme, die alle rechtshändig seien, bildeten, daß ein schräger Zeil die Worte trenne. Damit war das Erkennen der Keilschriften erledigt. Da legte am 4. September 1802 Georg Friedrich Grotefend der Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen eine kurze, lateinisch geschriebene Abhandlung vor, die den Grund zur Entzifferung der Keilschrift legte.

Grotefend, geboren am 9. Juni 1775 zu Minden als Sohn eines einfachen Handwerkers, war klassischer Philolog und wirkte seit 1797 als Lehrer am Gymnasium in Göttingen. Er hatte ein großes Geschick im Dekodieren und beschäftigte sich aus Liebhaberei mit Hieroglyphen. Durch einen Freund war er gelegentlich eines Spaziergangs aus das Problem der Keilschriften aufmerksam gemacht worden. Er versuchte eine der fehlenden Inschriften zu erklären, wenn man ihm das Material liefern, und „das Glück hat mich so unterstützt“, schreibt er selbst, „dab ich noch wenigen Wörtern den größten Teil der Inschriften deuten konnte“. Diese Arbeit, die erst 1893 im Druck veröffentlicht wurde, bildete den Ausgangspunkt der Keilschriftforschungen, die bis 1836 das wichtige Verständnis der Inschriften erzielten und deren volle Entwicklung in der Mitte des vorherigen Jahrhunderts begann. Als Grotefend am 15. Dezember 1853 starb, war im wissenschaftlichen Raum selbst das Schrift und Sprache der altpersischen Keilschriften aufgegeben hatten;

tag werden vorgeschlagen Rottbus, Stettin, Bremen, Mannheim. Eine Resolution fordert Sitzungnahme des Verteilung zu der Fleischsteuerung.

— Von hier vom 2. September wird der „Söld. Ztg.“ gemeldet: Der „Daily Telegraph“ läßt sich aus Berlin berichten, daß Italien die von ihm gewünschten Zugeständnisse für seinen Handelsvertrag während der Anwesenheit des Königs von Italien in Berlin erhalten habe. Diese Nachricht ist völlig unzutreffend, da in Berlin über solche Zugeständnisse garnicht verhandelt werden kann, ehe die Frage des Sozialrechts ihre Entscheidung gefunden hat. Wer im übrigen die Verhandlungen der Sozialkommission mit Klemmthamleit verfolgt hat, wird wissen, daß die Vertreter des Reiches, insbesondere der Staatssekretär im Reichskanzleramt Januszewski, der Staatsminister Dr. Groß v. Polabowicz, für der übermäßigen Belastung italienischer Einwohner, wie Südtirol, Blumen u. c., mit solchen Nachdruck widergesetzt haben, daß man schon daraus auf die sehr ablehnende Regierung schließen kann, handelspolitische Abmachungen mit Italien keine unübertraglichen Schwierigkeiten zu bereiten.

— Der geschäftsführende Ausschuß des Innungsverbands deutscher Baugewerksmeister hat den Staats- und städtischen Behörden gemäß einer Beschlüsse des Innungsverbands namentlich der deutschen Baugewerbe nachstehende Erklärung über die billigen Arbeitserlöseungen zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Berücksichtigung unterbreitet: „1. Das Bestehen einer allgemeinen Wohnungsnorm zur Zeit nicht anerkannt werden, die Arbeitslöhne sind gegenwärtig so hoch, daß jedes solide Arbeitnehmer sich eine seinen Verhältnissen entsprechende Wohnung beschaffen kann. 2. Die Steigerung der Mietpreise für Wohnungen ist hervorgerufen durch die erhöhten Arbeitslöhne, durch die Winderleistung der Arbeit, wie sie sich vielfach bemerkbar macht, durch gestiegene hygienische Anforderungen an die Wohnungen, durch häufig zu weit gehende einschlächtige Bestimmungen der Bauordnungen, durch die Spekulation des Bauten und Terrainselternschaften, durch Bauplanungen und durch Einschränkung der Rechte des Vermieter und, besonders in den größeren und großen Städten, durch den übermäßig hohen Preis der Baupläne. Es ist ein Unding, wenn die soziale grohe Baupläne, zum Teil noch auf freiem Felde gelegen, den gleichen Preis wie für das darauf zu errichtende Bauwerk gewährt werden muß. 3. Es entspricht nicht der Gerechtigkeit, daß Staat oder Städte aus öffentlichen Mitteln also auf Kosten aller Steuerzahler, die Baugesellschaften, Bauhauer, Alttagesschäftsleute u. c. unterstützen durch Vergabe von Bauplätzen zum Eigentum oder im Gebäude, durch Gewährung von billigen Baugeloben oder durch Übernahme von hohen Hypotheken unter dem sträflichen Strafzettel sowie durch Einklagansprüche. Soll Gerechtigkeit in solchen Maßnahmen bestehen, dann müssen alle Bauunternehmer, die öffentlich aufgestellten Bedingungen entsprechende Wohnhäuser herstellen, die gleichen Gegenleistungen erhalten. 4. Es ist ungünstig, daß aus öffentlichen Mitteln bezahlte Beamte unentgeltliche Arbeiten für gemeinnützige Baugesellschaften und ähnliche Unternehmen leisten. Durch solche Eingriffe in die freie Konkurrenz wird die Privatbaubefähigkeit schädigt, der bauende Mittelstand geschädigt und eher eine Wohnungsnorm herbeigeführt, als einer solchen vorgebaut. 5. Es wird empfohlen, überall da, wo sich ein allgemeiner Wohnungsmangel zeigt, kostengünstige Ausflüsse zu bilden, um die örtlichen Verhältnisse zu prüfen und Hilfsmittel vorzuschlagen. Eine gründliche Abhilfe verschreiten wir aber nur dann, wenn es gelingt, dem Bauplattenmarkt Einhalt zu thun.“

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

der Frauen in Fabriken, die bekanntlich gegenwärtig auch auf Ausbaudurchsetzung von den Beamten der Gewerbeaufsicht untersucht wird, und einer Herausstellung des Schulalters für jugendliche Arbeiter. Die Beiräte, die im Druck erscheinen werden, haben Dr. Generalstaatsrat Dr. August Beyer-M. Gladbach und Dr. Helene Simon übernommen. Am Abend des 22. September wird in einer öffentlichen Verkündung die City-Tischen-Woche-Berlin über das Koalitionsrecht der Arbeit und das Vereins- und Verfilmungsrecht reden. Herauszogene Sozialpolitiker werden Ansprochen halten. — Die Internationale Vereinigung für gesetzliche Arbeiterschutz wird ihre Delegiertenkonferenz am 23. und 24. September ebenfalls in Köln abhalten. Diese Vereinigung umfaßt jetzt folgende Landeskirchen: Deutschland (Gesellschaft für Soziale Reform), Schweiz, Frankreich, Österreich, Ungarn, Italien, Holland, Belgien, Vereinigte Staaten von Amerika. Die meisten dieser Länder entfalten auch amtliche Regierungsviertel zu den Beratungen, die die Befreiung der Frauen-Arbeiter, den Schutz der Arbeiter in Blei- und Phosphorbetrieben und die Erzielung einer internationales Unfallkatastrophe betreffen. Durch eine große Anzahl von Referaten sind diese Verhandlungen vorbereitet. An die Sitzungstage schließen sich Ausflüge zur Besichtigung der Ausstellung in Düsseldorf und der Krusenkamp-Werke in Essien.

— In Posen. Reichskanzler Graf v. Bülow stattete gestern vorzeitig dem kommandierenden General, dem General-Gouverneur, dem General-Kommandanten, dem Oberbürgermeister Witling sowie dem Landtagsschmied Schenck v. Wilmowitz-Röllendorf und dem Landeshauptmann v. Niemcewski Besuch ab.

— Die von Sr. Majestät des Kaisers in der Erweiterung auf die Befreiungskampagne des Überbürgermeisters von Posen vor dem Eintritt in diese Stadt mitgeteilte Bekanntmachung, betreffend die Auflösung der Stadtumwallung von Posen, wird durch folgende Kabinettssorder amlich bekanntgegeben:

„Auf den für gehaltenen Vortrag bestimme Ich: Die Stadtumwallung von Posen auf dem linken Warthe-Ufer einschließlich dort dagegen liegenden Teiles wird aufgelöst. Das Kriegsministerium hat hierauf das weitere zu veranlassen.“

Wilhelm.

An das Kriegsministerium. v. Sohler.

Durch eine zweite, gleichfalls in Posen, 3. September, erlossene Kabinettssorder wird bestimmt, daß die Namen der bei der Auflösung der westlichen Stadtumwallung von Posen aufzugebenden Festungswälle auf die nachstehend bezeichneten erhalten bleiben: 1. Das Bestehen einer allgemeinen Wohnungsnorm zur Zeit nicht anerkannt werden, die Arbeitslöhne sind gegenwärtig so hoch, daß jedes solide Arbeitnehmer sich eine seinen Verhältnissen entsprechende Wohnung beschaffen kann. 2. Die Steigerung der Mietpreise für Wohnungen ist hervorgerufen durch die erhöhten Arbeitslöhne, durch die Winderleistung der Arbeit, wie sie sich vielfach bemerkbar macht, durch gestiegene hygienische Anforderungen an die Wohnungen, durch häufig zu weit gehende einschlächtige Bestimmungen der Bauordnungen, durch die Spekulation des Bauten und Terrainselternschaften und durch Einschränkung der Rechte des Vermieter und, besonders in den größeren und großen Städten, durch den übermäßig hohen Preis der Baupläne. Es ist ein Unding, wenn die soziale grohe Baupläne, zum Teil noch auf freiem Felde gelegen, den gleichen Preis wie für das darauf zu errichtende Bauwerk gewährt werden muß. 3. Es entspricht nicht der Gerechtigkeit, daß Staat oder Städte aus öffentlichen Mitteln also auf Kosten aller Steuerzahler, die Baugesellschaften, Bauhauer, Alttagesschäftsleute u. c. unterstützen durch Vergabe von Bauplätzen zum Eigentum oder im Gebäude, durch Gewährung von billigen Baugeloben oder durch Übernahme von hohen Hypotheken unter dem sträflichen Strafzettel sowie durch Einklagansprüche. Soll Gerechtigkeit in solchen Maßnahmen bestehen, dann müssen alle Bauunternehmer, die öffentlich aufgestellten Bedingungen entsprechende Wohnhäuser herstellen, die gleichen Gegenleistungen erhalten. 4. Es ist ungünstig, daß aus öffentlichen Mitteln bezahlte Beamte unentgeltliche Arbeiten für gemeinnützige Baugesellschaften und ähnliche Unternehmen leisten. Durch solche Eingriffe in die freie Konkurrenz wird die Privatbaubefähigkeit schädigt, der bauende Mittelstand geschädigt und eher eine Wohnungsnorm herbeigeführt, als einer solchen vorgebaut. 5. Es wird empfohlen, überall da, wo sich ein allgemeiner Wohnungsmangel zeigt, kostengünstige Ausflüsse zu bilden, um die örtlichen Verhältnisse zu prüfen und Hilfsmittel vorzuschlagen. Eine gründliche Abhilfe verschreiten wir aber nur dann, wenn es gelingt, dem Bauplattenmarkt Einhalt zu thun.“

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

— Die Internationale Vereinigung für Arbeiterschutz und die Gesellschaft für Soziale Reform werden Ende September werden Ende September d. J. Versammlungen abhalten. Am 22. September findet in Köln die erste Generalversammlung der anfang Januar 1900 ins Leben gerufenen Gesellschaft für Soziale Reform unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherr von Breitbach statt. Außerdem lehrt der Kaiser, von der Generalversammlung lebhaft begrüßt, an Bord der Yacht „Miramar“ zurück, mit den Landtagsabgeordneten die Frage der Verkürzung der Arbeitzeit

### Bulgarien.

Sofia. Außer dem General Bontschew, dem Präsidenten des alten obersten macedonischen Komites, ist noch der Oberst Nicoloff, ein Mitglied dieses Komites, wegen Verbannung politisch festgenommen worden. Die Verhaftung dieser fand bei Dobnitsa, nicht weit von der Grenze, statt. Die Verhafteten wurden unter starker Bewachung nach dem Roten Bulgarien gebracht, vermutlich zwecks vorläufiger Internierung in Drenowo und Baltschi (Wiederholung).

— Die Meldung von der Verhaftung Michailowitsch sowie des Abreise Boris Sarafow bestätigt sich nicht.

### Türkei.

Konstantinopel. Der Sultan empfing den Kontreadmiral Palumbo in Audienz und verließ ihn den Gesandten des Osmanischen Ordens mit Beileidem.

— Der Kontreadmiral Palumbo besuchte ebenso wie der Minister. Der Sultan verließ sämtlichen Offizieren des italienischen Geschwaders die Plakette mit der Inschrift: „Zur Erinnerung an den Besuch.“

### Amerika.

Über einen Unfall, der am gestrigen Tage u. a. dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Theodore Roosevelt zugekehrt ist, für diesen aber erstaunlicherweise nicht ernster Natur gewesen zu sein scheint, wird aus New-York nachstehendes mitgeteilt:

Bei einer Fahrt, die Präsident Roosevelt und dessen Umgebung auf einem Jagdwagen von Pittsfield nach Lenox unternahm, stieß der Wagen mit der elektrischen Straßenbahn zusammen. Der Präsident kam mit einigen Quetschungen und Hauteibeschädigungen im Gesicht davon. Der Geheimsekretär Gortzky erlitt ebenfalls leichte Verletzungen. Ein Geheimpolizist wurde getötet. Der Fahrer und der Chauffeur des Straßenbahnenwagens wurden verhaftet. Die Pferde des Jagdwagens wurden freigesetzt.

Ein weiteres hier aus Pittsfield eingegangenes Telegramm bestätigt, daß die Verletzungen des Präsidenten nur leichter Natur sind.

Nach einer „Neuer“-Meldung ist der Aufsitzer des Wagens, in dem Präsident Roosevelt saß, infolge des Zusammenstoßes 25 Schritt weit geschleudert und schwer verletzt worden. Präsident Roosevelt wurde unter den Trümmern des Wagens, der gänzlich zerstört ist, fast vollständig begraben. Er befreite sich jedoch sofort ohne fremde Hilfe. Der Präsident und der Geheimsekretär Gortzky erlitten erhebliche Quetschungen im Gesicht. Roosevelt blieb ruhig und brachte sein lebhaftes Gebaren über den Tod des Geheimpolitikers aus. Präsident Roosevelt und seine Begleiter begaben sich in ein in der Nähe gelegenes Haus und fuhren unter Aufsicht der Weiterfahrt nach Bridgeport, wo ein Dampfer sie erwartete und nach New-Haven brachte.

### Afrika.

Rapstadt. Das Parlament nahm in dritter Sitzung die allgemeine Indemnität vorlage an und lehnte die Sitzungen zur Veratung der parlamentarischen Indemnität vorlage fort. Bierpräsident Sprung teilte mit, daß man nach Annahme der Vorlage zur Fortnahme der Wahlen zur Ausführung der offenen Sige des Hauses schreiten würde. Die Räume beschäftigten sich über die Wahlkündigung mit 47 gegen 18 Stimmen angenommen worden. Die Mitglieder des Afrikander-Bunds und mehrere Progressiven stimmten mit dem Ministerium.

### Koloniales.

Deutsch-Ostafrika. Am 15. Februar d. J. erreichte die Gleislinie der Usumbara-Eisenbahn den Luengeraß, der das zwischen Ost- und Westumbara liegende Thal bewältigt. Die Montage der eisernen Brücke über den Luengeraß wurde in drei Tagen mit furchtbaren Arbeitern bemerkbar. Diese Leistung spricht außerordentlich für das praktische und einfache Brückenbauwerk, das von der Firma Bechtel in Gründberg i. Sch. konstruiert und geliefert worden ist.

Am 1. März fand Schmiedeschule des Gleises bei Rorogwe statt. Durch anhaltenden Regen wurde jedoch die Eröffnung der Bahn verzögert, da der durchwellige Boden das Fahren der 10 km langen Strecke im Luengeraßthal mit Maschinen nicht gestattete. Bei der Betriebsfahrt drückte die Lokomotive das Gleis vollständig in den Boden hinein. Einfach nachdem eine ausreichende Beschädigung von der Hand geschobenen Wagen erfolgt war, konnte die Lokomotive zum ersten Male ihren Pfiff am 15. März d. J. in Rorogwe entföhnen.

Die Eröffnung der Bahn erfolgte unter Beteiligung der Behörden der drei Bezirke, Tanga, Wesselsburg und Wilhelmshöhl; die Beamten der Plantagen und Handelshäuser sowie fast alle Europäer Tanga und eine nach Hundertenzählende farbige Bevölkerung hatten sich vor dieser eingefunden. Leider wurde die Feststellung durch die fast vorher eingestraffte Richter von der Abschaltung der Straße Rorogwe-Mombasa getroffen. Ramentlich fühlten sich die Eisenbahnbeamten durch die Unterbrechung des Bahnbauwerks Mombasa schwer geprüft, da die vorzunehmende Betriebsförderung eine bedeutende Verringerung des Personals zur Folge hat. Durch den gleichzeitigen Abzug der europäischen Unternehmer und farbigen Arbeitern hat keiner den Handel und das Geschäftsbüro Tanga eine empfindliche Schädigung erlitten, von der sich besonders die europäischen Geschäfte wohl kaum erhalten werden.

### Örtliches.

Dresden, 4. September.

\* Ihre Majestät die Königin-Witwe besuchte heute die im Kunsthallen Ernst Barlows verankerte Ausstellung älterer und neuer Gemälde französischer Maler.

\* Mit Montag, den 8. d. M., tritt der erste Herbstfahrplan der Sächsisch-Böhmisches Dampfschiffahrtsgesellschaft in Kraft, der bis mit 5. Oktober Gültigkeit hat und wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit gegen den Sommerfahrplan einige wenige Einschränkungen erfahren hat. Die Verbindungen der neuen Fahrtroute können aber trotzdem noch als ausreichend und zahlreich genug bezeichnet werden, so daß noch wie vor den berechtigten Wünschen des Publikums allein-

halben entsprechen wird. Die Bekanntgabe der Fahrzeiten erfolgt wie bisher durch die Tagblätter der Zeitungen und den Anhang von Fahrplänen auf den Schiffen, Dampfern und Bahnstationen, sowie in den Hotels u. s. w. Da sich allgemeiner Beliebtheit erfreuen den Fahrten werden noch bis Mitte September aufrecht erhalten, weil sich momentan die zeitigen Hochstage durch eine vorzüglichste klare Luft auszeichnen und daher die Benutzung der Salondampfer eine günstige und begrenzte Beliebtheit bietet, von deren Überfahrt aus das herrliche Elbgelände betrachtet zu können. Mit Bezug hierauf möchten wir übrigens wiederholt auf die billigen Abonnementeinstellungen der Gesellschaft aufmerksam machen, wonach Kilometerfeste, Seelen- und Monatskarten für alle planmäßigen Fahrten Gültigkeit haben, während die selber im Rundreisevertrag zur Benutzung gelangenden Poste und Fahrkosten, sowie die kombinierten Rückfahrkosten der Sächsischen Staats-eisenbahn auch während der Dauer des neuen Fahrplans zur wählbaren Benutzung von Schiff oder Eisenbahn berechtigen. Die Fahrzeiten der Schiffe sind auch jetzt wieder so gelegt worden, daß die Eisenbahnenschiffe auf den Hauptstationen nach Möglichkeit erreicht werden können. Zur genaueren Information über alles Wissenswerte gelangen im übrigen an den Geschäftsstellen und auf den Schiffen des Gesellschaft Tochterfahrpläne zu unentbehrlicher Abgabe. Auch aus die billigen und praktischen Freightenverträge sei hiermit hingewiesen.

\* Der geschäftsführende Vorstand des Sächsischen Innungsverbands veröffentlicht in seinem Organ, dem „Sächsischen Innungsbote“, einen längeren Bericht über sein letztes Geschäftsjahr, mit dem der Verband, der der breitesten Vertreter aller sächsischen Innungen und den ganz sächsischen Handwerk ist, eine 15jährige, erfolgreiche Tätigkeit abgeschlossen hat. Besonders das letzte Geschäftsjahr hat gezeigt, daß der Kursus des Verbands auf das sächsische Innungswesen und den sächsischen Handwerksstand sich in immer breiter werdenden Bahnen bewegt. Die Zahl der Verbandsmitglieder beträgt 296, die der Mitglieder desselben 1950. Wenn der Kursus im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr sich nur auf 150 Innungen bezieht, so hat dies seinen Grund darin, daß das Verband schon die große Mehrzahl der sächsischen Innungen angehört und daß die Innungsräte unter dem Drucke der aus der Begehung vom 26. Juli 1897 (Handwerksgrazie) ihres erwähnten Arbeit dem Juarezmenschenklasse wenig Bedeutung schenken können. In den Verbandsräten überwiegt der Verband gewisheitlich mit den Innungskästchen zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bautzen und Zwickau dem Königl. Ministerium der Innern die Resolutionen, in denen die Stellungnahme der sächsischen und Deutschen Handwerke zu der Frage der unterschiedlichen Rechte zwischen Handwerk und Gewerbe gezeigt wird, mit der Bitte, sie wohlwollend zu berücksichtigen, und dem Schreiben, auf Wunsch weiteren Bericht in einer eventuell einzuhaltenden Konferenz zu erhalten. Der Verbandsvorstand tagt einmal, der geschäftsführende Verstand mit ihm. Nachdrücklich fordert der Sächsische Gewerbeverein Dresden, an der Erweiterung des 500-jährigen Belegs der Dresdner Schuhmacherinnung. Der Bericht mit den Verbandsmitgliedern u. c. erforderte bei 175 Eingängen 186 schriftliche Auskünfte, und der Drucksachenverband belief sich auf über 1200 Stück.

\* Der geschäftsführende Vorstand des Sächsischen Innungsverbands veröffentlicht in seinem Organ, dem „Sächsischen Innungsbote“, einen längeren Bericht über sein letztes Geschäftsjahr, mit dem der Verband, der der breitesten Vertreter aller sächsischen Innungen und den ganz sächsischen Handwerk ist, eine 15jährige, erfolgreiche Tätigkeit abgeschlossen hat. Besonders das letzte Geschäftsjahr hat gezeigt, daß der Kursus des Verbands auf das sächsische Innungswesen und den sächsischen Handwerksstand sich in immer breiter werdenden Bahnen bewegt. Die Zahl der Verbandsmitglieder beträgt 296, die der Mitglieder desselben 1950. Wenn der Kursus im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr sich nur auf 150 Innungen bezieht, so hat dies seinen Grund darin, daß das Verband schon die große Mehrzahl der sächsischen Innungen angehört und daß die Innungsräte unter dem Drucke der aus der Begehung vom 26. Juli 1897 (Handwerksgrazie) ihres erwähnten Arbeit dem Juarezmenschenklasse wenig Bedeutung schenken können. In den Verbandsräten überwiegt der Verband gewisheitlich mit den Innungskästchen zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bautzen und Zwickau dem Königl. Ministerium der Innern die Resolutionen, in denen die Stellungnahme der sächsischen und Deutschen Handwerke zu der Frage der unterschiedlichen Rechte zwischen Handwerk und Gewerbe gezeigt wird, mit der Bitte, sie wohlwollend zu berücksichtigen, und dem Schreiben, auf Wunsch weiteren Bericht in einer eventuell einzuhaltenden Konferenz zu erhalten. Der Verbandsvorstand tagt einmal, der geschäftsführende Verstand mit ihm. Nachdrücklich fordert der Sächsische Gewerbeverein Dresden, an der Erweiterung des 500-jährigen Belegs der Dresdner Schuhmacherinnung. Der Bericht mit den Verbandsmitgliedern u. c. erforderte bei 175 Eingängen 186 schriftliche Auskünfte, und der Drucksachenverband belief sich auf über 1200 Stück.

\* Der geschäftsführende Vorstand des Sächsischen Innungsverbands veröffentlicht in seinem Organ, dem „Sächsischen Innungsbote“, einen längeren Bericht über sein letztes Geschäftsjahr, mit dem der Verband, der der breitesten Vertreter aller sächsischen Innungen und den ganz sächsischen Handwerk ist, eine 15jährige, erfolgreiche Tätigkeit abgeschlossen hat. Besonders das letzte Geschäftsjahr hat gezeigt, daß der Kursus des Verbands auf das sächsische Innungswesen und den sächsischen Handwerksstand sich in immer breiter werdenden Bahnen bewegt. Die Zahl der Verbandsmitglieder beträgt 296, die der Mitglieder desselben 1950. Wenn der Kursus im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr sich nur auf 150 Innungen bezieht, so hat dies seinen Grund darin, daß das Verband schon die große Mehrzahl der sächsischen Innungen angehört und daß die Innungsräte unter dem Drucke der aus der Begehung vom 26. Juli 1897 (Handwerksgrazie) ihres erwähnten Arbeit dem Juarezmenschenklasse wenig Bedeutung schenken können. In den Verbandsräten überwiegt der Verband gewisheitlich mit den Innungskästchen zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bautzen und Zwickau dem Königl. Ministerium der Innern die Resolutionen, in denen die Stellungnahme der sächsischen und Deutschen Handwerke zu der Frage der unterschiedlichen Rechte zwischen Handwerk und Gewerbe gezeigt wird, mit der Bitte, sie wohlwollend zu berücksichtigen, und dem Schreiben, auf Wunsch weiteren Bericht in einer eventuell einzuhaltenden Konferenz zu erhalten. Der Verbandsvorstand tagt einmal, der geschäftsführende Verstand mit ihm. Nachdrücklich fordert der Sächsische Gewerbeverein Dresden, an der Erweiterung des 500-jährigen Belegs der Dresdner Schuhmacherinnung. Der Bericht mit den Verbandsmitgliedern u. c. erforderte bei 175 Eingängen 186 schriftliche Auskünfte, und der Drucksachenverband belief sich auf über 1200 Stück.

\* Der geschäftsführende Vorstand des Sächsischen Innungsverbands veröffentlicht in seinem Organ, dem „Sächsischen Innungsbote“, einen längeren Bericht über sein letztes Geschäftsjahr, mit dem der Verband, der der breitesten Vertreter aller sächsischen Innungen und den ganz sächsischen Handwerk ist, eine 15jährige, erfolgreiche Tätigkeit abgeschlossen hat. Besonders das letzte Geschäftsjahr hat gezeigt, daß der Kursus des Verbands auf das sächsische Innungswesen und den sächsischen Handwerksstand sich in immer breiter werdenden Bahnen bewegt. Die Zahl der Verbandsmitglieder beträgt 296, die der Mitglieder desselben 1950. Wenn der Kursus im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr sich nur auf 150 Innungen bezieht, so hat dies seinen Grund darin, daß das Verband schon die große Mehrzahl der sächsischen Innungen angehört und daß die Innungsräte unter dem Drucke der aus der Begehung vom 26. Juli 1897 (Handwerksgrazie) ihres erwähnten Arbeit dem Juarezmenschenklasse wenig Bedeutung schenken können. In den Verbandsräten überwiegt der Verband gewisheitlich mit den Innungskästchen zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bautzen und Zwickau dem Königl. Ministerium der Innern die Resolutionen, in denen die Stellungnahme der sächsischen und Deutschen Handwerke zu der Frage der unterschiedlichen Rechte zwischen Handwerk und Gewerbe gezeigt wird, mit der Bitte, sie wohlwollend zu berücksichtigen, und dem Schreiben, auf Wunsch weiteren Bericht in einer eventuell einzuhaltenden Konferenz zu erhalten. Der Verbandsvorstand tagt einmal, der geschäftsführende Verstand mit ihm. Nachdrücklich fordert der Sächsische Gewerbeverein Dresden, an der Erweiterung des 500-jährigen Belegs der Dresdner Schuhmacherinnung. Der Bericht mit den Verbandsmitgliedern u. c. erforderte bei 175 Eingängen 186 schriftliche Auskünfte, und der Drucksachenverband belief sich auf über 1200 Stück.

\* Der geschäftsführende Vorstand des Sächsischen Innungsverbands veröffentlicht in seinem Organ, dem „Sächsischen Innungsbote“, einen längeren Bericht über sein letztes Geschäftsjahr, mit dem der Verband, der der breitesten Vertreter aller sächsischen Innungen und den ganz sächsischen Handwerk ist, eine 15jährige, erfolgreiche Tätigkeit abgeschlossen hat. Besonders das letzte Geschäftsjahr hat gezeigt, daß der Kursus des Verbands auf das sächsische Innungswesen und den sächsischen Handwerksstand sich in immer breiter werdenden Bahnen bewegt. Die Zahl der Verbandsmitglieder beträgt 296, die der Mitglieder desselben 1950. Wenn der Kursus im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr sich nur auf 150 Innungen bezieht, so hat dies seinen Grund darin, daß das Verband schon die große Mehrzahl der sächsischen Innungen angehört und daß die Innungsräte unter dem Drucke der aus der Begehung vom 26. Juli 1897 (Handwerksgrazie) ihres erwähnten Arbeit dem Juarezmenschenklasse wenig Bedeutung schenken können. In den Verbandsräten überwiegt der Verband gewisheitlich mit den Innungskästchen zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bautzen und Zwickau dem Königl. Ministerium der Innern die Resolutionen, in denen die Stellungnahme der sächsischen und Deutschen Handwerke zu der Frage der unterschiedlichen Rechte zwischen Handwerk und Gewerbe gezeigt wird, mit der Bitte, sie wohlwollend zu berücksichtigen, und dem Schreiben, auf Wunsch weiteren Bericht in einer eventuell einzuhaltenden Konferenz zu erhalten. Der Verbandsvorstand tagt einmal, der geschäftsführende Verstand mit ihm. Nachdrücklich fordert der Sächsische Gewerbeverein Dresden, an der Erweiterung des 500-jährigen Belegs der Dresdner Schuhmacherinnung. Der Bericht mit den Verbandsmitgliedern u. c. erforderte bei 175 Eingängen 186 schriftliche Auskünfte, und der Drucksachenverband belief sich auf über 1200 Stück.

\* Der geschäftsführende Vorstand des Sächsischen Innungsverbands veröffentlicht in seinem Organ, dem „Sächsischen Innungsbote“, einen längeren Bericht über sein letztes Geschäftsjahr, mit dem der Verband, der der breitesten Vertreter aller sächsischen Innungen und den ganz sächsischen Handwerk ist, eine 15jährige, erfolgreiche Tätigkeit abgeschlossen hat. Besonders das letzte Geschäftsjahr hat gezeigt, daß der Kursus des Verbands auf das sächsische Innungswesen und den sächsischen Handwerksstand sich in immer breiter werdenden Bahnen bewegt. Die Zahl der Verbandsmitglieder beträgt 296, die der Mitglieder desselben 1950. Wenn der Kursus im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr sich nur auf 150 Innungen bezieht, so hat dies seinen Grund darin, daß das Verband schon die große Mehrzahl der sächsischen Innungen angehört und daß die Innungsräte unter dem Drucke der aus der Begehung vom 26. Juli 1897 (Handwerksgrazie) ihres erwähnten Arbeit dem Juarezmenschenklasse wenig Bedeutung schenken können. In den Verbandsräten überwiegt der Verband gewisheitlich mit den Innungskästchen zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bautzen und Zwickau dem Königl. Ministerium der Innern die Resolutionen, in denen die Stellungnahme der sächsischen und Deutschen Handwerke zu der Frage der unterschiedlichen Rechte zwischen Handwerk und Gewerbe gezeigt wird, mit der Bitte, sie wohlwollend zu berücksichtigen, und dem Schreiben, auf Wunsch weiteren Bericht in einer eventuell einzuhaltenden Konferenz zu erhalten. Der Verbandsvorstand tagt einmal, der geschäftsführende Verstand mit ihm. Nachdrücklich fordert der Sächsische Gewerbeverein Dresden, an der Erweiterung des 500-jährigen Belegs der Dresdner Schuhmacherinnung. Der Bericht mit den Verbandsmitgliedern u. c. erforderte bei 175 Eingängen 186 schriftliche Auskünfte, und der Drucksachenverband belief sich auf über 1200 Stück.

\* Der geschäftsführende Vorstand des Sächsischen Innungsverbands veröffentlicht in seinem Organ, dem „Sächsischen Innungsbote“, einen längeren Bericht über sein letztes Geschäftsjahr, mit dem der Verband, der der breitesten Vertreter aller sächsischen Innungen und den ganz sächsischen Handwerk ist, eine 15jährige, erfolgreiche Tätigkeit abgeschlossen hat. Besonders das letzte Geschäftsjahr hat gezeigt, daß der Kursus des Verbands auf das sächsische Innungswesen und den sächsischen Handwerksstand sich in immer breiter werdenden Bahnen bewegt. Die Zahl der Verbandsmitglieder beträgt 296, die der Mitglieder desselben 1950. Wenn der Kursus im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr sich nur auf 150 Innungen bezieht, so hat dies seinen Grund darin, daß das Verband schon die große Mehrzahl der sächsischen Innungen angehört und daß die Innungsräte unter dem Drucke der aus der Begehung vom 26. Juli 1897 (Handwerksgrazie) ihres erwähnten Arbeit dem Juarezmenschenklasse wenig Bedeutung schenken können. In den Verbandsräten überwiegt der Verband gewisheitlich mit den Innungskästchen zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bautzen und Zwickau dem Königl. Ministerium der Innern die Resolutionen, in denen die Stellungnahme der sächsischen und Deutschen Handwerke zu der Frage der unterschiedlichen Rechte zwischen Handwerk und Gewerbe gezeigt wird, mit der Bitte, sie wohlwollend zu berücksichtigen, und dem Schreiben, auf Wunsch weiteren Bericht in einer eventuell einzuhaltenden Konferenz zu erhalten. Der Verbandsvorstand tagt einmal, der geschäftsführende Verstand mit ihm. Nachdrücklich fordert der Sächsische Gewerbeverein Dresden, an der Erweiterung des 500-jährigen Belegs der Dresdner Schuhmacherinnung. Der Bericht mit den Verbandsmitgliedern u. c. erforderte bei 175 Eingängen 186 schriftliche Auskünfte, und der Drucksachenverband belief sich auf über 1200 Stück.

\* Der geschäftsführende Vorstand des Sächsischen Innungsverbands veröffentlicht in seinem Organ, dem „Sächsischen Innungsbote“, einen längeren Bericht über sein letztes Geschäftsjahr, mit dem der Verband, der der breitesten Vertreter aller sächsischen Innungen und den ganz sächsischen Handwerk ist, eine 15jährige, erfolgreiche Tätigkeit abgeschlossen hat. Besonders das letzte Geschäftsjahr hat gezeigt, daß der Kursus des Verbands auf das sächsische Innungswesen und den sächsischen Handwerksstand sich in immer breiter werdenden Bahnen bewegt. Die Zahl der Verbandsmitglieder beträgt 296, die der Mitglieder desselben 1950. Wenn der Kursus im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr sich nur auf 150 Innungen bezieht, so hat dies seinen Grund darin, daß das Verband schon die große Mehrzahl der sächsischen Innungen angehört und daß die Innungsräte unter dem Drucke der aus der Begehung vom 26. Juli 1897 (Handwerksgrazie) ihres erwähnten Arbeit dem Juarezmenschenklasse wenig Bedeutung schenken können. In den Verbandsräten überwiegt der Verband gewisheitlich mit den Innungskästchen zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bautzen und Zwickau dem Königl. Ministerium der Innern die Resolutionen, in denen die Stellungnahme der sächsischen und Deutschen Handwerke zu der Frage der unterschiedlichen Rechte zwischen Handwerk und Gewerbe gezeigt wird, mit der Bitte, sie wohlwollend zu berücksichtigen, und dem Schreiben, auf Wunsch weiteren Bericht in einer eventuell einzuhaltenden Konferenz zu erhalten. Der Verbandsvorstand tagt einmal, der geschäftsführende Verstand mit ihm. Nachdrücklich fordert der Sächsische Gewerbeverein Dresden, an der Erweiterung des 500-jährigen Belegs der Dresdner Schuhmacherinnung. Der Bericht mit den Verbandsmitgliedern u. c. erforderte bei 175 Eingängen 186 schriftliche Auskünfte, und der Drucksachenverband belief sich auf über 1200 Stück.

\* Der geschäftsführende Vorstand des Sächsischen Innungsverbands veröffentlicht in seinem Organ, dem „Sächsischen Innungsbote“, einen längeren Bericht über sein letztes Geschäftsjahr, mit dem der Verband, der der breitesten Vertreter aller sächsischen Innungen und den ganz sächsischen Handwerk ist, eine 15jährige, erfolgreiche Tätigkeit abgeschlossen hat. Besonders das letzte Geschäftsjahr hat gezeigt, daß der Kursus des Verbands auf das sächsische Innungswesen und den sächsischen Handwerksstand sich in immer breiter werdenden Bahnen bewegt. Die Zahl der Verbandsmitglieder beträgt 296, die der Mitglieder desselben 1950. Wenn der Kursus im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr sich nur auf 150 Innungen bezieht, so hat dies seinen Grund darin, daß das Verband schon die große Mehrzahl der sächsischen Innungen angehört und daß die Innungsräte unter dem Drucke der aus der Begehung vom 26. Juli 1897 (Handwerksgrazie) ihres erwähnten Arbeit dem Juarezmenschenklasse wenig Bedeutung schenken können. In den Verbandsräten überwiegt der Verband gewisheitlich mit den Innungskästchen zu Dresden, Leipzig, Chemnitz, Bautzen und Zwickau dem Königl. Minister





